

Pressemitteilung

Sozialtarife in Freizeitgesellschaften? Nicht beim RVR ...

Antrag der Fraktion DIE LINKE im RVR wurde im Ruhrparlament abgelehnt

Kein Verständnis hat die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) dass die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) heute ihren Antrag zur Einführung von Sozialtarifen bei den Freizeitparks des RVR abgelehnt hat. Nur DIE LINKE und die Piraten stimmten für den Auftrag an die Geschäftsführung der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr (FMR) mbH und die Verwaltung, einige Mitglieder des Ruhrparlaments von SPD und Grünen enthielten sich, die XXL-Koalition, FDP und AfD stimmten dagegen. Einen Prüfauftrag zur Einführung von Sozialtarifen hatte das Ruhrparlament schon am 1.7.2016 mit großer Mehrheit beschlossen. Gefolgt war daraus nichts.

„Die heutige Entscheidung ist wenige Tage nach der Kommunalwahl ein Schlag ins Gesicht aller, die von ALG II, Grundrente oder anderen Transferleistungen leben müssen, aber auch für Schüler und Studenten,“ sagt hierzu der alte und neue Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im RVR, Wolfgang Freye. „Unsere Fraktion hat sich hierfür viele Jahre eingesetzt. Und es kann doch nicht sein, dass die meisten Großstädte in der Region zum Teil deutliche Ermäßigungen aus sozialen Gründen haben, ausgerechnet die Freizeitgesellschaften des RVR aber nicht. Die Armut in der Region ist nicht nur verfestigt, sondern insgesamt gestiegen.“

Zu den Bädern der FMR, in denen die Sozialtarife eingeführt werden sollen, gehören die Niederrhein-Therme im Revierpark Mattlerbusch in Duisburg, das Solebad im Revierpark Vonderort in Oberhausen, der Gesundheitspark Nienhausen in Gelsenkirchen und das Freizeitbad Heveney am Kemnader See in Witten. Aber auch in Kooperation mit den Städten Herne und Dortmund die Bäder der Revierparks Gysenberg und Wischlingen, für die DIE LINKE ebenfalls Sozialtarife gefordert hat.

Wolfgang Freye abschließend: „Die Geschäftsleitung hat in der Antwort auf eine Anfrage ausgeführt, dass Sozialtarife in den Freizeitgesellschaften nicht eingeführt werden könnten, weil das zu kompliziert ist. Das ist für uns nicht nachvollziehbar, die kommunalen Gesellschaften können es ja auch und vor dem Hintergrund der Beschränkungen durch die Corona-Pandemie haben die Freizeitgesellschaften ja auch teilweise Sondertarife einführen können. Schade, dass die Mehrheit das anders gesehen hat. DIE LINKE wird jedenfalls nicht lockerlassen und bleibt sozial auch nach der Wahl!“

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

Sie erreichen Wolfgang Freye unter 0163 73 58 030